



## Pressemitteilung

### CDU schnürt Paket für Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit

**Christdemokraten stellen mehrere Anträge und Anfragen zu „SOS“ in der kommenden Sitzungsrunde.**

GIESSEN. Zur Sitzungsrunde der städtischen Gremien hat die CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen mehrere Anträge und Anfragen rund um den Themenkreis „Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit („SOS“)" gestellt.

Hauptanliegen der CDU ist, dass in der Stadt Gießen eine **Waffenverbotszone** eingeführt wird. „Diese soll sich nach Rücksprache mit der örtlichen Polizei insbesondere auf den Seltersweg, den Marktplatz, den Bahnhof und die Bahnhofstraße sowie die Neustadt und die Ludwigstraße beziehen“, führt Frederik Bouffier aus. Dazu soll der Magistrat unverzüglich beim Polizeipräsidium Mittelhessen eine Risiko- und Lageeinschätzung einholen und diese zur Vorbereitung der Waffenverbotszone der Landrätin als Kreisordnungsbehörde vorlegen. „Aufgrund der derzeit geltenden Rechtslage kann die Sonderstatusstadt Gießen leider nicht eigenständig eine Waffenverbotszone einrichten. Das können nur die Kreisordnungsbehörden, in diesem Falle Landrätin Anita Schneider, sodass der Magistrat aufgefordert wird, sich bei der Landrätin für eine Errichtung einer solche Zone einzusetzen“, führt Fraktionsassistent Maximilian Roth aus.

„Die in der überregionalen Presse getätigten Äußerungen des Kreissprechers stimmen uns positiv, dass an ihre eine solche Waffenverbotszone nicht scheitern dürfte“, so Frederik Bouffier. Hintergrund dieses Antrags ist, dass die Anzahl von Angriffen mit Messern und ähnlichen Gegenständen auch in der Gießener Innenstadt rapide zunimmt: Das zeigen die Statistiken des Polizeipräsidiiums, aber auch die heimische Presse berichtete darüber in besorgniserregenden kurzen Abständen. So zählte die Polizei in Gießen 2010 im Landkreis und in der Stadt noch 53 Straftaten mit Messer. 2020 waren es bereits 175. „Die positiven Effekte von Waffenverbotszonen liegen auf der Hand: Sie erleichtern etwa die polizeilichen und städtischen Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten, sie führen zu einer Reduzierung von schweren Straftaten mittels Waffen und bewaffneten Angriffen und bieten einen präventiven Mehrwert zum Schutz im öffentlichen Raum. Kurzum: Waffenverbotszonen dienen der Prävention, der Straftatenbekämpfung und der Erhöhung des Sicherheitsgefühl der Bevölkerung“, erklärt Klaus Peter Möller. Auch das Polizeipräsidium Mittelhessen begrüßt die Einführung einer solchen Zone an den genannten Orten.



## Pressemitteilung

„Sorgen, dass Personen, die im Seltersweg ein neues Küchenmesser kaufen wollen, nun von der Polizei verhaftet werden, sind unbegründet: Das Gesetz schreibt klar vor, dass hier Ausnahmen greifen und natürlich nicht von der Waffenverbotszone umfasst sind. Solche Ausnahmen sind selbstverständlich in die Gießener Waffenverbotszone aufzunehmen“, so Frederik Bouffier.

Weiter will die CDU-Fraktion konkrete Daten und Statistiken zur Anwendung der derzeit gültigen **Gefahrenabwehrverordnung** der Stadt Gießen erfahren, darunter die verschiedenen, unter Bußgeldandrohung stehenden Verstöße gegen grob anstößiges Verhalten in Gestalt von aggressivem Betteln, Lagern und Nächtigen oder übermäßigen Konsums von Alkohol und Drogen, Alkoholkonsum auf Bolz- und Kinderspielplätzen, der Verunreinigung der Straßen und Anlagen oder der Hundeleinenpflicht. „Auch möchten wir eine Einschätzung, inwiefern die im Seltersweg campierenden Personen, die der Punker bzw. Trinkerszene zugehörig sind, für den Magistrat ein Problem darstellen und auf welcher rechtlichen Grundlage wie oft gegen diese Personengruppen vorgegangen wurde. Gleiches gilt für die Trinkerszene am Marktplatz“, fasst Geschäftsführer Frederik Bouffier zusammen.

In Ergänzung und Konkretisierung dieser Anfrage wollen die Christdemokraten auch wissen, **Hundekotbeutel**-Spender es in der Stadt Gießen gibt, wie oft diese geleert werden und wie viele Bußgelder, Verwarngelder oder sonstige Sanktionen das Ordnungsamt der Stadt Gießen in den Jahren 2021 und 2022 (z. B. als Ordnungswidrigkeit nach § 118 OWiG oder anderweitig) verhängt hat, weil Hundekot nicht ordnungsgemäß entfernt wurde. „Immer häufiger zeigt sich in Gießen ein Bild des Grauens und des Ekels: Hundekot bleibt am Rand liegen. Selbst wenn (Plastik-)Kotbeutel benutzt werden, werden diese oftmals an den Straßenrand, in die Nähe von Bäumen oder Gebüsch geworfen. Dieser Zustand ist für Gießen unwürdig“, so Roth.

Eine weitere Anfrage beschäftigt sich mit **Lärm-Messungen** in den Nachtstunden gegen Auto-Poser. „Nachdem in der Sitzung des Verkehrsausschusses im November 2022 die Linkskoalition bezüglich unseres Antrags gegen Auto-Poser geäußert hat, dass es bereits Messungen geben würde, wollen wir nun konkret vom Magistrat wissen, an welchen Tagen und in welchen Straßen zu welchen Uhrzeiten in welchem Zeitraum Lärm-Messungen in den Jahren 2021 und 2022 in Gießen solche Lärm-Messungen stattgefunden haben, welche Ergebnisse diese ergeben haben und welche Maßnahmen die Stadt Gießen gegen die Autoposer-Szene ergreift“, erklärt Fraktionsassistent Maximilian Roth.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung